

Pressemitteilung

3. Verbandstag des Märkischen Arbeitgeberverbandes: Wahlergebnis und Politpoker in NRW im Mittelpunkt

Hemer, 28. Mai 2010. Die Erwartungen der Wähler an die Politik nach den Landtagswahlen in NRW standen im Mittelpunkt des 3. Verbandtages des Märkischen Arbeitgeberverbandes (MAV) im GROHE-Forum der Landesgartenschau Hemer. Über 500 Vertreter aus Wirtschaft, Politik, Institutionen und Gesellschaft waren der Einladung gefolgt um den Chefredakteur Fernsehen des WDR, Jörg Schönenborn, live zu erleben. In seiner beruflichen Funktion ist Schönenborn unter anderem für die Sendungen „Hart, aber fair“, „Monitor“ und den „ARD-Pressclub“ verantwortlich, den er auch selbst seit 2008 moderiert. Außerdem ist Schönenborn seit zehn Jahren Wahlmoderator der ARD.

Seine zentrale These: Die Bürger in NRW erwarten von einer künftigen Regierung Antworten auf die Fragen, die die Menschen wirklich im Alltag drücken. Dazu gehörten unter anderem Probleme wie die Bildungsarmut, Pflegenotstand, Altersversorgung, Unvereinbarkeit von Familie und Beruf. Nur wenn die Parteien hier nachhaltige Lösungen anböten, würden sie das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen und damit auch wieder stabilere Regierungsmöglichkeiten finden. Gegenwärtig neige die Politik allerdings dazu, kurzfristig zu taktieren, statt sich langfristige Ziele zu setzen, die den Menschen existenzielle Erleichterungen bringen.

Das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen – vor allem die sinkende Wahlbeteiligung und dadurch bedingt die Ausbildung des Fünf-Parteien-Systems – sei die Folge dieser Fehlentwicklungen. Es gebe einen kontinuierlichen Vertrauensverlust für die beiden großen Volksparteien, der dazu führe, dass sich für kleine Koalitionen kaum noch Mehrheiten finden ließen. Außerdem sei das Wahlergebnis nicht von landespolitischen Sachfragen, sondern von der bundespolitischen Großwetterlage, speziell der Wirtschafts- und Finanzkrise beeinflusst worden

Mit Blick auf die Wirtschaftslage hatte schon zuvor der Vorsitzende des Märkischen Arbeitgeberverbandes, Horst-Werner Maier-Hunke, betont, dass es in NRW nach schwierigen anderthalb Jahren zur Zeit konjunkturell wieder aufwärts gehe. Daran hätten die Unternehmen und ihre Beschäftigten ihren Anteil. Dazu hätten aber auch die Tarifparteien ihren Beitrag geleistet. Konkret nannte Maier-Hunke den Tarifvertrag „Zukunft in Arbeit“ für die nordrhein-westfälische Metall- und Elektro-Industrie.

Nach den Wahlen erwarteten Wirtschaft und Bürger nun mit Recht, dass auch die neue Landesregierung – egal welcher Couleur – das Ihre tue, um die

Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches NRW zu verbessern. Machtpolitische Interessen und „Prinzipienreiterei“ hätten demgegenüber zurückzustehen.

Für den Vorsitzenden des MAV stehen die Aufgabenbereiche Bildung, Haushaltskonsolidierung und Bürokratieabbau dabei ganz oben auf der Agenda. In Sachen Bildung hielten die Wirtschaft und ihre Organisationen es für unverzichtbar, gleiche Bildungschancen unabhängig von der sozialen Herkunft zu gewährleisten. Der gegenwärtige Streit um die richtige Schulstruktur sei nicht zielführend. Entscheidend sei die Qualität des Unterrichts, egal in welcher Schulform.

Mit Blick auf die Konsolidierung der Staatsfinanzen erklärte Maier-Hunke: „Nachdem in der ausgelaufenen Legislaturperiode erste Sparerfolge erzielt werden konnten, muss dieser Kurs weiter konsequent fortgesetzt werden. Nur wenn längerfristig die Verschuldung gegen Null gefahren wird, entstehen wieder finanzielle Handlungsspielräume für notwendige Zukunftsaufgaben, zum Beispiel in den Bereichen Bildung, Forschung, Innovation und Umwelt. Dabei darf allerdings eine bessere Finanzausstattung der Kommunen nicht außer Acht gelassen werden.“

Außerdem forderte der MAV-Vorsitzende den weiteren Abbau der staatlichen Bürokratie. Noch mehr Städte und Gemeinden in unserem Bundesland müssten für die Zertifizierung als mittelstandsfreundliche Kommune gewonnen werden. Ebenso gehörten in diesen Kontext der faire Zugang und die faire Vergabe von öffentlichen Aufträgen, die mittelstandsgerechte Ausgestaltung von Rechtsvorschriften, die Zusammenarbeit von Land, Kommunen und Wirtschaftsorganisationen in der Wirtschaftsförderung.